

DIE LINKE

DIE LINKE.

1. Radverkehr fördern – Kfz-Verkehr verringern, Große Straßenbauprojekte



Wir möchten den öffentlichen Nahverkehr kostenlos machen und ausbauen, Verkehrsflächen zugunsten des Umweltverbundes umverteilen, die Infrastruktur für Fahrradfahrer*innen ausbauen und verbessern, Fußwege barrierefrei und sicher sowie die Innenstadt autofrei machen. Nur dann wird es für Menschen attraktiv auf den klimafreundlichen Umweltverbund umzusteigen. Daher sind wir auch gegen klimaschädliche Straßenbauprojekte wie der Ausbau der B51.

2. Radverkehr braucht Platz – Flächenumverteilung



Wir setzen uns dafür ein, dass der Rad- und Fußverkehr mehr Platz erhält, z. B. durch Umverteilung von derzeitigen Kfz-Parkplätzen oder mehrspurigen Straßen. Das Konzept einer autofreien Innenstadt soll sich in zwei Schritten vom Promenadenring zum Stadtring ausweiten. Stadtteile sollen autoarm, perspektivisch auch autofrei werden.

3. Radverkehr braucht Service – Fahrradparken



Fahrradparken muss ausgebaut und kostenfrei sein, auch in Parkhäusern. Es muss endlich Schluss damit sein, dass öffentliche Flächen privatisiert werden und dann nicht mehr für öffentliche Aufgaben zur Verfügung stehen, wie z. B. die Fahrradstellplätze beim Bauvorhaben an der Bahnhofostseite.

4. Radverkehr braucht Vorrang – Velorouten, Standards und Flächenkonkurrenz



Wir möchten komfortable, zügige und sichere Velorouten, d. h. mit direkter Wegeführung (nicht wie bei der Veloroute Telgte-MS), und mit Vorrang an Knoten vor dem Kfz. Durch Umverteilung sollten Velorouten auf Kfz-Straßen geführt werden. Dann entsteht keine Flächenkonkurrenz zu Fußverkehr und Naherholung.

5. Radverkehrsförderung braucht Geld – Haushalt



Radverkehr braucht auf jeden Fall mehr Geld. Umverteilung heißt, dass für den Umweltverbund mehr Geld auszugeben ist als für den Kfz-Verkehr. Dies ist für die Abwendung des Verkehrskollaps und der Erreichung der Klimaziele absolut notwendig und unerlässlich.

6. Radverkehr braucht Rücksicht – Parkraumbewirtschaftung und Überwachung



Solange der Umweltverbund noch nicht ausreichend ausgebaut ist, möchten wir die Anwohnerparkgebühren nicht erhöhen, da dies zum großen Teil die Falschen treffen würde. Generell sollte Parkraum umverteilt oder flächendeckend bewirtschaftet werden, mit höheren Parkgebühren, die wiederum zweckgebunden in den Umweltverbund zu investieren sind. InhaberInnen von Anwohnerparkausweisen sollten auch Parkhäuser nutzen dürfen. Illegales Halten auf Geh- und Radwegen muss stärker kontrolliert werden.

7. Umweltverbund und Klimaschutz – Maßnahmen und Evaluierung



Die Kennzahlen Kfz-Fahrleistung und Autodichte halten wir auf jeden Fall für wichtig. Um diese zu verringern setzen wir auf: Kostenlosen ÖPNV, höher Parkgebühren, autofreie Innenstadt, Verringerung der Geschwindigkeit und Vorrang für den Umweltverbund.

8. Radverkehr braucht verträgliche Geschwindigkeit – Tempo 30 innerorts



Wir werden uns für die Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts einsetzen.

9. Radverkehr braucht Fürsprecher – Struktur in Politik und Verwaltung



Mobilität muss übergreifend gedacht werden muss und nicht aneinander vorbei. Deshalb haben wir keinen eigenen Radverkehr-Haushalt. Ein Radverkehrsbeauftragter ist aber durchaus sinnvoll, damit Radverkehr bei Planungen nicht vergessen wird.